

SPD



Frankfurt am Main

Die Linke
Mitte

Kreis Freundes

Ausgabe 9

April 2010



Hubert Schmitt Kandidat für den UBV



Liebe Genossin, lieber Genosse,

auf dem Unterbezirks-
parteitag am 17. April
werden Beisitzer für den
Unterbezirksvorstand
nachgewählt.

Mein Ortsverein
Unterliederbach hat
mich als Kandidat

nominiert, ebenso wie die Ortsvereine Höchst,
Sindlingen, Goldstein, Sossenheim und Nied.

Kurz etwas über mich persönlich: Ich bin 49
Jahre alt, Lehrer, glücklich verheiratet und
habe zwei Kinder. Seit 2006 bin ich Fraktions-
vorsitzender im Ortsbeirat 6 im Frankfurter
Westen und einer der Sprecher des SPD-
Arbeitskreises West. Ich engagiere mich vor
allem in der Bildungspolitik, im Bereich Verkehr
und gegen die Luftbelastung in Frankfurt.

Ich glaube, dass wir Sozialdemokraten und
Sozialdemokratinnen wieder mehr auf uns
aufmerksam machen müssen. Wenn wir
offensiv und konstruktiv in den wichtigen
Diskussionsprozessen der Stadt mitwirken, mit
unseren guten Konzepten und Ideen in die

Öffentlichkeit gehen, und vor allem die Bürger
und Bürgerinnen in ihren berechtigten Anliegen
unterstützen, dann werden wir positiv wahrge-
nommen.

Ich selbst bin hierzu in engem Kontakt mit
Eltern und Lehrern, die es nicht mehr
akzeptieren, dass von Schwarz-Grün im
Frankfurter Westen nicht genügend IGS-Plätze
bereitgestellt werden. Ebenso arbeite ich mit
Personen und Initiativen zusammen, die sich
für eine richtige Sanierung des Bolongaro-
palastes in Höchst einsetzen.

Inhalt

Hubert Schmitt	Seite 1
Arroganz der Macht	Seite 2
Rekommunalisierung des Klini- kums Frankfurt Höchst!	Seite 3
ÖPP in Frankfurt: Sparprojekt oder Zocken mit Steuergeldern?	Seite 4
Pflegebegleiter-Initiative	Seite 6
Impressum	Seite 7
Personalschlüsse	Seite 8



Die Bürgerinnen und Bürger sind – entgegen
oft anders lautender Meinungen – noch immer
politisch interessiert. Sie wollen aber mitreden
können und ernst genommen werden. Wenn

wir deutlicher machen, dass wir ebendies tun, dann werden wir auch bei Wahlen in Frankfurt wieder erfolgreich sein. Daher arbeite ich mit am Konzept des Bürgerhaushalts für Frankfurt, um den Menschen mehr direkte Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger merken, dass uns ihre Anliegen interessieren, wenden sie sich wieder vertrauensvoll an uns. Hierzu können wir die Menschen auch über Vereine erreichen. Dies erlebe ich persönlich bei meinem Wirken in zahlreichen Vereinen.

Gehen wir diesen zugegebenermaßen anstrengenden Weg, dann können wir unserem Anspruch als Volkspartei in Frankfurt auch wieder gerecht werden. Dafür will ich mich als Beisitzer im Unterbezirksvorstand einsetzen.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Euer

Hubert Schmitt

Arroganz der Macht



von Arnold Weber

Bei den Haushaltsberatungen im letzten Monat hat es sich wieder gezeigt: Das Verhalten der schwarz-grünen Koalitionäre im Umgang mit den Etat-Anträgen anderer Fraktionen ist nur noch mit der Arroganz der Macht zu erklären. Es

ist schon peinlich, wie die Schwarz-Grünen in den Ausschüssen oder auch in der Stadtverordnetenversammlung nach dem immer glei-

chen Schema zuerst den Magistrat euphorisch loben, sich dann für die wenigen eigenen Anträge zum Städtischen Haushalt rechtfertigen und diesen Mangel an Einfällen als monetäre „Disziplin“ zu tarnen versuchen, um schließlich die Anträge anderer Fraktionen ohne inhaltliche Diskussion vom Tisch zu fegen.

In meiner langjährigen parlamentarischen Arbeit habe ich noch nie erlebt, dass eine Koalition einen vom Magistrat vorgelegten Haushaltsentwurf ohne eigene nennenswerte Vorschläge einfach durchwinkt. Schwarz-grüne Stadtverordnete entziehen sich somit ihrer wichtigsten parlamentarischen Pflicht: Zum Haushaltsentwurf des Magistrats Konzepte, Ideen oder Alternativen aufzuzeigen. Zur Rechtfertigung dieses Fehlverhaltens geben sie lediglich an, die Anträge anderer Fraktionen hätten keine finanzielle Deckung. Das ist an den Haaren herbeigezogen, denn wann haben sich insbesondere die Grünen jemals darum gesorgt, ob ihre Anträge finanziell gedeckt waren und seit wann haben die Stadtverordneten die Arbeit der Kämmerei zu tun?

Es kümmert diese Koalitionäre auch nicht, wenn der Magistrat versprochene und von den Stadtverordneten längst bewilligte Projekte überhaupt noch nicht begonnen hat. Viele notwendige Maßnahmen werden mit Magistratsvorlagen ins Parlament eingebracht und dort unter großem Tamtam der Regierungskoalition beschlossen. Dann passiert aber gar nichts mehr und jeder, der noch eine Frage wagt, wird barsch belehrt, das Projekt sei „im Fortgang“. Auch die Ortsbeiräte werden damit schachmatt gesetzt, jede ihrer Vorlagen wird als erledigt erklärt, weil es ja bereits einen Beschluss der Stadtverordneten gibt. Das ist bloße Ankündigungspolitik, die unsere Stadt nicht weiterbringt und das Vertrauen in die Politik noch weiter schwächt.

Im Gegensatz zur „Sparsamkeit“ bei den Haushaltsberatungen zeigen sich die schwarz-grünen Stadtverordneten jedoch sehr großzügig, wenn der Magistrat Geld ausgeben will. Für bestimmte Projekte sind bereits Nach-

forderungen von zum Teil zweistelligen Millionenbeträgen entstanden. Im Fall des Theater-tunnels musste sich der Magistrat sogar durch einen von der SPD einberufenen Aktenein-sichtsausschuss über die Grundsätze der Hes-sischen Gemeindeordnung belehren lassen: Finanzielle Nachforderungen über 500.000 € müssen vor Verausgabung durch den Ma-gistrat erst von den Stadtverordneten bewilligt werden, das Verhalten des Magistrats war rechtswidrig. Eine schallende Ohrfeige für die selbstherrlichen schwarz-grünen Regenten!

Zurück zu den von ihnen verschmähten Haus-haltsanträgen der SPD. Sie waren gut be-gründet und sinnvoll, trotzdem wurden sie von Schwarz-Grün ohne Prüfung verworfen. Zum Beispiel im Bereich Wirtschaft und Frauen war auch für Laien klar erkennbar, warum mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Nehmen wir nur die Frauenprojekte in unserer Stadt, die seit Jahren immer denselben Betrag erhalten. Steigende Mietkosten, steigende Fall-zahlen und sowohl innovative Projekte als auch die Tarifierhöhungen rechtfertigen eine Erhöhung der städtischen Zuwendungen. Doch kein Wort dazu von den Koalitionären. Auch die Förderung des Mädchenkulturzentrums, das ohne finanzielle Hilfe seine Arbeit nicht fortsetzen kann, wurde von Schwarz-Grün verworfen. Diese Verweigerungshaltung trifft ebenso die Jugendlichen, die noch immer keinen Arbeitsplatz haben und für die man bei CDU und Grünen nicht mehr tun will. Eine Ignoranz, die für die betroffenen Menschen in unserer Stadt schlimme Folgen haben kann.

Der Wirtschaftsdezernent lässt sich seit Wochen abfeiern für die Idee eines Fonds für Existenzgründer, ohne zu erwähnen, dass dies eine Anregung der SPD war. Diese Art des Ideenklus wird reihum bei den Oppositions-parteien betrieben. Neu ist bei Schwarz-Grün jedoch die Dreistigkeit, mit der hinterher so getan wird, als sei das Projekt auf dem ei-genen Mist gewachsen. Dabei haben sie den Grundsatz der Idee kommunaler Wirtschaftsförderung bis heute nicht begriffen: Unsere weiterführende Absicht, dass nicht nur Exis-

tenzgründer, sondern auch bereits bestehende Kleinunternehmen Hilfe erfahren, wenn sie im Rahmen der Finanzkrise vorübergehend in Schwierigkeiten geraten, wurde sang- und klanglos abgelehnt. Und das, obwohl uns eine Studie der IHK bestätigt, dass es Kleinbetriebe schwerer haben über die Runden zu kommen. Wir wollen ihr Überleben in Frankfurt und die dazugehörigen Arbeitsplätze absichern. Schwarz-Grün lehnt dies rundweg ab und findet dieses Anliegen noch nicht einmal diskus-sionswürdig. Wie gesagt: Das ist die Arroganz der Macht.

Rekommunalisierung des Klinikums Frankfurt Höchst!



von Roger Podstatny

Gesundheitsversorgung ist ein wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie darf und kann nicht unter rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben werden. Aus gesundheitspolitischer Sicht müssen auch jene Gesundheitsdienstleistungen für die gesamte Bevölkerung angeboten werden, die nicht durch die Krankenkassen oder die Nutzer refinanziert werden.

Durch die Umwandlung in eine GmbH hat sich die Stadtverordnetenversammlung mit der schwarz-grünen Mehrheit diese Möglichkeit der aktiven Politikgestaltung genommen. Durch die Rückführung des Klinikums in einen Eigenbetrieb der Stadt Frankfurt hätte die Stadtverordnetenversammlung wieder Einfluss auf die Unternehmensziele des Klinikums.

Wir sehen in einer privatrechtlich organisierten Einheit keine Vorteile bezüglich Effizienz, Kundenfreundlichkeit und Schnelligkeit der

Entscheidungen. Eine gute öffentliche Organisation kann genauso gut sein.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen weiter in einem öffentlichen Betrieb bleiben, was - trotz des großen Druckes durch die Klinikleitung - die geringe Zahl an Mitarbeitern belegt, welche in die GmbH gewechselt sind.

Die AfA Frankfurt fordert, dass das Klinikum Frankfurt Höchst, welches zum 01.01.2010 in die Rechtsform einer GmbH umgewandelt wurde, zum nächstmöglichen Zeitpunkt wieder in einen Eigenbetrieb der Stadt Frankfurt zurückgeführt wird. Wir bitten euch, das zu unterstützen.

ÖPP in Frankfurt: Sparprojekt oder Zocken mit Steuergeldern?



von Ursula Busch

Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem funktioniert gewinnorientiert, im Geschäftsleben bekommst Du nichts geschenkt. Eine Binsenweisheit, deren Geltung kein vernünftiger Mensch anzweifeln würde. Als Kundinnen und

Kunden werden wir täglich vielfach aufgefordert, Angebote kritisch zu prüfen, Tarife zu vergleichen, genau nachzurechnen und keinem Anbieter von Waren oder Dienstleistungen blind zu vertrauen. Gerade aus konservativ-neoliberalen Kreisen wird den Bürgern suggeriert, es liege vor allem in ihrer eigenen Verantwortung, sich nicht übervorteilen zu lassen.

Wie schnell diese Aufforderungen jedoch vergessen sind, wenn es den Regierenden politisch in den Kram passt, können wir derzeit in

Frankfurt erleben. Plötzlich werden diejenigen, die Geschäftsmodelle kritisch hinterfragen, als inkompetente Miesmacher abgetan. Es wird im Gegenteil von den Bürgerinnen und Bürgern erwartet, riskante Pläne mitzutragen, deren negative Folgen die Stadtgesellschaft schwer und lange belasten könnten. Das neueste Beispiel schwarz-grüner Waghalsigkeit in Frankfurt am Main: Ein 500-Millionen-ÖPP-Projekt. Öffentlich-private Partnerschaft, auch PPP (Public Private Partnership) genannt, soll dem in den letzten 15 Jahren unter Oberbürgermeisterin Petra Roth entstandenen Sanierungsstau bei Brücken und Ingenieurbauwerken ein Ende bereiten. Schwarz-Grün will die Sanierung und Unterhaltung von 170 Bauwerken an einen privaten Investor übergeben, dessen Aufwendungen die Stadt dann 30 Jahre lang zurückzahlen soll.

Begeistert von der eigenen Klugheit lobpreisen Verkehrsdezernent Lutz Sikorski und Kämmerer Uwe Becker das Projekt in den höchsten Tönen. Man könnte glatt meinen, sie hätten den Stein der Weisen entdeckt. Aus der Wirtschaft kommt flankierende Unterstützung – wen wundert's bei dem Auftragsvolumen. Bei Bürgerinnen und Bürgern wird der Eindruck erweckt, der Plan biete für alle Beteiligten nur Vorteile. Ein Märchen würde an dieser Stelle enden, indem alle hinfort bis in alle Ewigkeit glücklich und ohne Sorgen leben.

Im Gegensatz zum Märchen garantiert die Realität aber kein Happy End. Das neue 500-Millionen-Wagnis ist nicht das erste Projekt in der Mainmetropole, das sogar sehr unglücklich enden könnte. Wer erinnert sich nicht an den unrühmlichen Plan, durch so genanntes „Cross-Border-Leasing“ städtischer U-Bahn-Anlagen eine schöne Stange Geld zu verdienen. Eifrig warben Christdemokraten damals dafür, sich auf dieses unseriöse Geschäftsmodell einzulassen. Auch die Grünen plädierten für das „innovative Modell“ und hängten erst im letzten Moment ihr Fähnchen wieder in den richtigen Wind – das wollen sie heute natürlich nicht mehr wahrhaben. Zum Glück konnte der waghalsige Deal im damals

regierenden „Vierer“ (aus CDU, SPD, FDP und Grünen) durch den entschiedenen Widerstand der SPD, unterstützt von den Protesten kluger Bürgerinnen und Bürger, verhindert werden. Andere Kommunen, die sich auf das Leasing-Geschäft einließen, werden noch lange an den Folgekosten zu tragen haben.

Nachdem Cross-Border-Leasing glücklich vom Tisch war, entdeckten einige Wirtschaftspolitiker im Römer PPP. Direkte Erfahrungen damit wurden z. B. beim Bildungszentrum Ostend gesammelt. Die privat-öffentliche Zusammenarbeit wurde den Bürgerinnen und Bürgern als ultimative Lösung verkauft. Man behauptete sogar, damit sei der Bau um 25 Prozent billiger entstanden als in städtischer Eigenregie. Allerdings erhielten weder Stadtverordnete noch die Öffentlichkeit jemals eine ordentliche Wirtschaftlichkeitsrechnung, lediglich ein Mietkostenvergleich wurde auf den Tisch gelegt. Ein mehr als zweifelhafter Beweis für die Wirtschaftlichkeit von PPP, vor allem wenn nicht klar ist, ob z. B. die günstigen Kommunalkredite eingerechnet wurden oder ob zusätzliche Honorare (beispielsweise für Architekten und Rechtsanwälte), die bei einer städtischen Erstellung nicht fällig geworden wären, nur den Baukosten zugeschlagen wurden und damit die Beispielrechnung der Mietkosten nicht belasteten. Zumindest ein Versprechen der PPP-Verfechter erwies sich als nachweisbar falsch: Die Behauptung, bei einem privat gebauten Gebäude würden so gut wie keine Nachbesserungen fällig, konnte schon kurz nach Fertigstellung nicht mehr aufrechterhalten werden. Ob der Vertragspartner Stadt Frankfurt beim Bildungszentrum Ostend als Sicherheit für die Banken vorab auf sein Recht der Mietminderung bei Leistungsmängeln des privaten Partners verzichtete, ist bis heute nicht ganz klar.

Doch anstatt mit diesen Erfahrungen im Rücken eine grundsätzliche Diskussion um den effektiveren Einsatz öffentlicher Mittel und um die Sinnhaftigkeit von PPP anzustoßen, wurden eilig noch vier Schulen als PPP-Projekte geplant. Bis heute halten gläubige

PPP-Jünger eisern an der Vorstellung fest, dieses Verfahren sei stets besser als städtisch gelenkte Projekte. Und jetzt geht es also um einen großen Teil der Frankfurt Brücken und Ingenieurbauwerke. Die bekanntesten, prestigeträchtigen Brücken werden allerdings nicht in das Projekt einbezogen – so viel Vertrauen hat man seitens der Stadtregierung denn doch nicht in die eigene Propaganda.

Kritische Überlegungen werden ausgeblendet und wer im Römer Zweifel äußert, wird als unwissend hingestellt. Dabei wäre es bei einem Volumen von 500 Millionen Euro und drei Jahrzehnten Laufzeit doch durchaus angebracht, etwas intensiver nachzudenken, bevor man einen Vertrag abschließt. Die grundsätzliche Erwägung, wieso PPP eigentlich so viel effektiver und billiger als die öffentliche Hand sein sollte, wird in der Diskussion tunlichst vermieden. Und die simple Frage, wieso private, gewinnorientierte Unternehmen der öffentlichen Hand etwas schenken sollten, wird ebenfalls nicht gestellt.

Auch die IHK, die schon 2005 in ihrer Zeitung für PPP als „ein intelligentes Modell“ warb, das allein in der Lage sei, den öffentlichen Verwaltungen die Möglichkeit zu bieten, „ihre Aufgaben zu lösen“, beantwortet diese Fragen nicht wirklich. Zwar stellt sie fest, den öffentlichen Haushalten fehle es an den „finanziellen Möglichkeiten und fachlichen Qualifikationen, um qualitativ hochwertige und preislich wettbewerbsgerechte Leistungen“ zu erbringen. Warum private Investoren dies besser können sollten, wird aber nicht erklärt. Stattdessen wird eine begeisterte Zukunftsprognose gestellt: Kaum ein Bereich der öffentlichen Verwaltung bleibe langfristig für PPP ausgespart – Liberalisierung der Energiemärkte, Forschung und Bildung/Ausbildung sowie Kulturbetrieb, Regionale Wirtschaftsförderung, Betreiberprojekte (Straßenbau, Wasser, Abwasser), Bauwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaft böten schier unbegrenzte Möglichkeiten.

Erstaunlich, da aktivieren sich ganze Wirtschaftszweige, um der zwar gutwilligen, aber nicht zur „Lösung ihrer Aufgaben“ fähigen öffentlichen Hand zu helfen. Und das alles nur vom Wunsch beseelt, Gutes zu tun. Wehe denen, die nicht jubelnd zustimmen, mit solchen heilbringenden Modellen Steuergelder zu sparen. Oder ist nicht doch etwas mehr Vorsicht angebracht? Wollen wir jubelnd danebenstehen, wenn private Investoren über PPP den unauffälligen Zugang zu Bereichen der Daseinsvorsorge erhalten, die bisher aus gutem Grund nicht privatisiert worden sind?

Stellen wir doch die grundsätzlichen Fragen: Angenommen, PPP wäre stets effektiver und billiger – was hindert denn die öffentliche Hand daran, ebenso gut und kostengünstig zu arbeiten wie Private? Sind die Mitarbeiter der Stadt Frankfurt wirklich so ineffektiv, wie man uns glauben machen will? Ist unsere Verwaltung so starr und unbeweglich, dass sie ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen kann? Oder kann sich ein privates Unternehmen Verhaltensweisen leisten, die kommunale Vertreter zu Recht scheuen, wie z. B. illegale Beschäftigung oder Lohndumping? Und wollen wir das über den Umweg ÖPP/PPP fördern? Wo sind die Einsparpotenziale, die ein privates Unternehmen voll ausschöpfen kann, ein öffentliches aber nicht? Was stimmt nicht mit den politischen Rahmenbedingungen, wenn legale Gewinnspannen für private Unternehmungen erzeugt werden, die öffentliche Unternehmungen nicht erreichen können? Wo landet am Ende das Geld der Steuerzahler und warum?

Doch eine solche nachhaltige politische Diskussion ist von der schwarz-grün-gelben Mehrheit in Stadtparlament und Magistrat nicht gewollt. Lieber brüstet sich Schwarz-Grün mit scheinbarem Einfallsreichtum und angeblich visionären Methoden, ohne inhaltlich in die Tiefe zu gehen. Wenn das Projekt am Ende schief gehen sollte, müssen die Frankfurter Steuerzahler und Steuerzahlerinnen die teure Quittung bezahlen – die meisten der jetzt politisch Verantwortlichen sind dann aber schon lange auf dem Altenteil. Vielleicht fällt es ihnen

auch deshalb so leicht, einem derart riskanten Plan zuzustimmen. ÖPP – ein weiteres Beispiel, wie dringend notwendig die Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Römer und das kritische Engagement der Bürgerinnen und Bürger gebraucht werden.

Pflegebegleiter-Initiative

Bürgerschaftliches Engagement für pflegende Angehörige und Freunde

von Rudi Baumgärtner



Der größte Pflegedienst in Deutschland sind die Familien. 70% der Betroffenen werden zu Hause gepflegt. Diese schwierige Aufgabe übernehmen überwiegend die Frauen in den

Familien. Diese fühlen sich oft allein gelassen und überfordert. Deshalb ist die „Pflegebegleiter-Initiative“ eine wertvolle Hilfe für die pflegenden Angehörigen. Die Pflegebegleiter sind kompetente Gesprächspartner und helfen den Betroffenen, ihre schwierige Lebenssituation zu bewältigen. Ohne das bürgerschaftliche Engagement sind die Aufgaben der Zukunft nicht zu meistern.

Dies sind meine Worte als Schirmherr einer Broschüre dieser Initiative, die vom Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e. V. gefördert und unterstützt wird, und von der ich Euch weiter berichten möchte.

Pflegebegleiter sind für die Angehörigen und Freunde von hilfsbedürftigen Menschen da. Sie begleiten sie bei der Bewältigung der Herausforderungen, die durch die familiäre Pflege entstehen. Sie gehen direkt zu den pflegenden Angehörigen und Freunden nach Hause und erleichtern es ihnen damit, diese Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Ihr Angebot ist kostenlos.

Zuhören, mitdenken, begleiten und unterstützen sind wesentliche Aufgaben der Pflegebegleiter. Sie helfen den Angehörigen und Freunden, auch für sich selbst Sorge zu tragen und auch eigene Bedürfnisse wieder wahr zu nehmen. Pflegebegleiter informieren über entlastende Angebote und vermitteln Kontakte zu Stellen, die praktisch und finanziell unterstützen. Sie bauen Brücken nach „draußen“ und verstehen sich als Botschafter für die pflegenden Angehörigen in der Öffentlichkeit.

Die Qualifizierung zum Pflegebegleiter findet in einem Kurs von maximal 15 Personen statt. Der Kurs umfasst 60 Seminarstunden sowie zwei Exkursionen. Er bietet neben interessanten Vorträgen durch Fachdozenten viel Raum für die eigenen Lernerfahrungen, persönliche Fragen und Austausch mit anderen. Die Qualifizierung schließt mit einem Zertifikat ab. Die praktische Tätigkeit als Pflegebegleiter wird kontinuierlich von Fachkräften begleitet.

Der nächste Kurs als Pflegebegleiter beginnt am Mittwoch, 21.04.10 um 17:00 Uhr und endet am Mittwoch, 19.05.10 um 20:00 Uhr. Ausbildungsort: Bildungszentrum des

Frankfurter Verbandes, Alexanderstr. 98, 60489 Frankfurt-Rödelheim. Ansprechpartner: Frau Marlies Ritter, Herr Holm Schmidt; Tel.: 069/780 980 Fax: 069/780 988 (pflegebegleiter@frankfurter-verband.de)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich hoffe mir ist es gelungen, Euch über das ehrenamtliche Engagement der Pflegebegleiter zu informieren und etwas neugierig zu machen.

Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:

Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

Der Freundeskreis empfiehlt die Unterstützung folgender Kandidatinnen und Kandidaten beim Jahresparteitag der Frankfurter SPD am 17. April 2010:

Stellv. Vorsitzender (01):	Beisitzer im UBV (02):
Eugen Emmerling	Hubert Schmitt
	Petra Rossbrey
Präsidium Unterbezirks-PT (04):	Bezirksbeirat (02):
Gabi Faust	Ursula Busch
Roger Podstatny	Roger Podstatny
Antragsprüfungskommission (25):	Delegierte Bezirks-/Landesparteitag (19):
Hans Busch	Rudi Baumgärtner
Ursula Busch	Hans Busch
Susanne Kassold-Moulden	Ursula Busch
Peter Ließmann	Peter Ließmann
Klaus Oesterling	Bernhard Ochs
Roger Podstatny	Klaus Oesterling
Birgit Puttendörfer	Michael Paris
Petra Rossbrey	Roger Podstatny
Anneliese Scheurich	Hubert Schmitt
Hubert Schmitt	
	Delegierte Bundes-PT (03):
	Roger Podstatny

Wir sind ein offener Kreis, deshalb sind alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei unseren Treffen herzlich willkommen. Die Einladungen können gerne weitergegeben werden.